

# SVP ortet Problem-Moschee in Olten

Im Kanton Solothurn soll es radikale Imame geben – die Schweizerische Islamische Gemeinschaft widerspricht

Von Andrea Sommer, Bern

Nicht nur in Winterthur und Biel, auch im Kanton Solothurn soll es radikale Imame geben. Dies zumindest behauptet die SVP in ihrer gestern an alle Haushalte versandten Parteizeitung *Extrablatt*. Unter dem Titel «Islamismus: Naive Solothurner Regierung», schreibt Beat Künzli, Kantonsrat und Vizepräsident der Kantonalpartei, der SVP lägen konkrete Informationen vor, wonach sich in Olten eine türkische Milli-Görüs-Moschee befindet.

In vielen Staaten sei die Milli-Görüs-Bewegung wegen ihrer islamistischen Tendenzen umstritten. Die von ihr propagierte «gerechte Ordnung» beinhalte ein umfassendes soziales, ökonomisches und politisches Regelungssystem, das auf islamischer Grundlage beruhe, so Künzli. «Der deutsche Verfassungsschutz kommt zum Schluss, dass Milli Görüs antisemitische Tendenzen aufweist, ein antidemokratisches Staatsverständnis zeigt sowie westliche Demokratien ablehnt.»

Doch damit nicht genug. Im selben Gebäude, in dem sich die Milli-Görüs-Moschee befindet, sollen laut Künzli auch «äusserst extreme Moscheegänger einer arabischen Moschee» verkehren. Unter dem Namen «soziokultureller Verein Olten» soll dort eine Iqra-Bibliothek für Kinder und Jugendliche betrieben werden, Iqra bedeute auf arabisch «Lies!» – unter dem Namen führt eine salafistische Organisation Koranverteileraktionen durch. In der Bibliothek sollen laut Künzli Zeitschriften und Bücher des Islamischen Zentrums München (IZM) aufliegen, finanziert von Saudi-Arabien. Darunter Publikationen mit dem Titel «The beauty of my hijab», die versuchen, Mädchen und jungen Frauen die züchtige Kleidung schmackhaft zu machen.

## Krankswagen für Terroristen

«Aufgrund der Verbindungen zur Muslimbruderschaft steht auch das IZM im Fokus des deutschen Verfassungsschutzes», schreibt Künzli weiter. Bedenklich sei die Spendensammlung des IZM zugunsten von «Helfen in Not». Die deutsche Justiz verdächtige die Organisation, gebrauchte Krankentaxi zu Terrororganisationen in Syrien gebracht zu haben. «Auch Schweizer Dschihadisten sind mit «Helfen in Not nach Syrien gereist.»

Wie der Website des deutschen Bundesamts für Verfassungsschutz zu entnehmen ist, gilt Milli Görüs als islamistische Organisation. Die islamisti-



**Gefährliche Botschaften.** Hassprediger – wie Abu Ramadan einer sein soll – und problematische Moscheen gibt es laut der SVP auch in Olten. Foto Flickr Islamrat

sche Ideologie gehe von einer göttlichen Ordnung aus, der sich Gesellschaft und Staat unterzuordnen hätten. «Dieses Islam-Verständnis steht im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung», schreiben die Verfassungsschützer. «Verletzt werden dabei vor allem die demokratischen Grundsätze der Trennung von Staat und Religion, der Volkssouveränität, der Gleichstellung der Geschlechter sowie der religiösen und der sexuellen Selbstbestimmung.»

Allerdings unterscheiden sich laut dem Verfassungsschutz die verschiedenen Ausprägungen des Islamismus nicht nur in ihren ideologischen Prämissen, sondern auch in den Mitteln, mit denen sie ihre Ziele erreichen wollten. «Gruppierungen wie die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (steht für eingetragener Verein, Anm. d. Red.) lehnen Gewalt ab. Sie versuchen mit

politischen Mitteln, ihren Mitgliedern ein, nach ihrer Interpretation, islamkonformes Leben in Deutschland zu ermöglichen.»

## SVP kritisiert Regierung

Im Kanton Solothurn gibt es keine Probleme mit radikalen Predigern – so der Grundtenor der Antwort, die der Solothurner Regierungsrat letzten Herbst auf eine entsprechende SVP-Interpellation gab. Laut Polizei und Nachrichtendienst des Bundes gebe es keine Hinweise, dass sich im Kanton Solothurn Hassprediger aufhielten oder dass in hiesigen Moscheen extremistisches Gedankengut gepredigt werde. Dies gilt laut dem Regierungsrat für alle elf Gebetsräume, die sich in neun Solothurner Gemeinden befinden.

Die Kantonsregierung schaue weg, findet dagegen die SVP. Aufgrund dieser «sehr naiven» Antwort des Regie-

rungsrats habe die SVP es genauer wissen wollen und selber recherchiert, sagt Künzli auf Anfrage. Der im *Extrablatt* publizierte Text sei das Resultat der Abklärungen, die er gemeinsam mit Kantonalpräsident Christian Imark gemacht habe. Weder Künzli noch Imark, der für die Solothurner SVP im Nationalrat sitzt, geben indes preis, woher sie die Informationen haben. «Wir stützen uns auf sehr zuverlässige Quellen», sagt Imark lediglich.

## «Wir sind ein Schweizer Verein»

Bei der Schweizerisch Islamischen Gemeinschaft (SIG), dem Dachverband, zu dem auch die kritisierte Oltenner Moschee gehört, weist man die Vorwürfe hingegen vehement zurück. Diese Moschee sei keine Milli-Görüs-Moschee, sagt SIG-Sprecher Önder Günes. «Wir sind ein Schweizer Verein und vollumfänglich dem Schweizer

Rechtsstaat und unseren demokratischen Werten verpflichtet.» Extremistisches, radikales und dem Schweizer Staat schädliches Gedankengut habe in den Moscheen der SIG keinen Platz und werde geahndet. «Wir arbeiten nur bei Pilgerfahrten oder unserer jährlichen mit dem katholischen Fastenopfer vergleichbaren Spendenaktion mit Milli Görüs zusammen, weil wir zu klein sind, um solche Anlässe alleine zu bewältigen», so Günes.

Die Organisation, die im selben Gebäude in Olten Räume gemietet hat, habe nichts mit der SIG zu tun, betont Günes. «Es besteht keinerlei Kooperation.» Die Verantwortlichen waren gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar. SIG-Sprecher Günes signalisiert derweil Gesprächsbereitschaft: «Wir laden alle Interessierten ein, ihre Fragen direkt mit uns zu diskutieren, unsere Türen stehen offen.»

## EU und Strommarkt im Zentrum

Intensive Diskussionen bei den Von-Wattenwyl-Gesprächen

**Bern.** Die Europapolitik und Fragen des Strommarktes standen gestern im Zentrum der Von-Wattenwyl-Gespräche einer Delegation der Landesregierung mit den Spitzen der Bundesratsparteien.

Bundesrat Ignazio Cassis habe die vom Bundesrat am vergangenen Mittwoch gefassten Entscheide in der Europapolitik und die nächsten Schritte dazu dargelegt, heisst es in einer Mitteilung. Cassis habe den Willen der Regierung betont, die Beziehungen zur EU zu festigen und zu vertiefen – mit dem Ziel, die mittel- und langfristigen Interessen der Schweiz zu wahren. Eine solide und homogene rechtliche Grundlage in ihrer Beziehung zur EU sei von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Die Mehrheit der Repräsentanten habe ebenfalls unterstrichen, wie wichtig der Erhalt der bilateralen Beziehungen sei. Besprochen worden sei unter anderem der mögliche Geltungsbereich eines allfälligen Rahmenabkommens. Eine intensive Diskussion habe es zur Frage der dynamischen Rechtsübernahme gegeben.

Bundesrätin Doris Leuthard habe über die mittel- und langfristige Ausgestaltung des Strommarktes informiert. Gemäss einer Studie des Bundesamtes für Energie werde die Schweiz bis 2035 ausreichend Strom zur Verfügung haben, sofern die Energieeffizienz gesteigert werde, der Anteil an erneuer-

baren Energie wachse und die Schweiz Zugang zu den umliegenden Strommärkten habe. Zur Absicherung auch in extremen Situationen wäre eine strategische Reserve als zusätzliches Sicherheitsnetz zum heutigen Strommarkt sinnvoll. Vor diesem Hintergrund werde gemäss Aussagen von Leuthard bei den Arbeiten zur Revision des Stromversorgungsgesetzes auch die volle Marktöffnung inhaltlich mitberücksichtigt. Die Vernehmlassung zum Stromversorgungsgesetz sei für das zweite Halbjahr 2018 vorgesehen.

## Eckwerte der Steuervorlage 17

In der Diskussion mit den Parteien sei die besondere Situation des Schweizer Marktes mit seinen Preisunterschieden betont worden. Auch wenn die bürgerlichen Parteien die Schritte zu einer Marktöffnung unterstützten könnten, gebe es zum Teil Bedenken, dass die einheimische Produktion in einem verzerrten Markt leiden könnte. Die SP sehe in einer totalen Öffnung des Marktes ein Risiko für die Attraktivität der einheimischen erneuerbaren Energien.

Schliesslich seien die Parteispitzen über die Eckwerte der Steuervorlage 17 informiert worden. Die Botschaft zuhanden des Parlaments soll Ende März verabschiedet werden, sodass die parlamentarische Beratung bereits in der Herbstsession 2018 abgeschlossen werden kann. SDA

## «Grosse Bedeutung für die Medienvielfalt»

Doris Leuthard betont die Wichtigkeit der SDA

**Bern.** Medienministerin Doris Leuthard ist besorgt über die Situation bei der Nachrichtenagentur SDA. In einem Interview sagte die Bundesrätin, die SDA habe eine grosse Bedeutung für die Medienvielfalt. Der Bund sei ein guter Kunde der SDA und kaufe Produkte ein, die die SDA in hoher Qualität produziere. Sehr wichtig sei die SDA auch für kleinere Verleger, die sich keine eigenen Redaktoren für die Ausland-, Kultur- und Sportseiten leisten könnten.

Die SDA sei aber eine private Aktiengesellschaft, erklärte Leuthard in dem Interview, welches in der *Aargauer Zeitung* und der *Südschweiz* erschienen ist. Der Bund könne eine kleine Unterstützung über das Sprachengesetz leisten. Zudem solle die SDA künftig eine Unterstützung für die Bereitstellung von audiovisuellen Inhalten erhalten.

Die geplante Förderung der SDA mit 2 Millionen Franken halte der Bund für sinnvoll. Die audiovisuellen Beiträge der SDA hülfe lokalen Radio- und TV-Betreibern, den digitalen Wandel zu bewältigen. Das letzte Wort habe aber das Parlament. Der Bundesrat habe sich an seiner letzten Sitzung über die Lage der SDA ausgetauscht. Primär sei die SDA aber Sache der privaten Verleger. Sie müssten die Probleme lösen.

Auf die Frage, ob der Markt im Medienbereich noch funktioniere, sagte Leuthard, das sei nur beschränkt der Fall. Die indirekte Presseförderung leiste einen gewissen Beitrag zum Erhalt der Medienvielfalt. Doch die Herausforderungen für die Verleger im Internet seien enorm. Die Verleger hätten jedoch auch Fehler begangen. So sei es falsch gewesen, Gratisprodukte auf den Markt zu bringen. Eine publizistische Leistung könne nie gratis sein. Viele Jugendliche hätten sich an diese Mentalität gewöhnt. Die Printmedien müssten neue Geschäftsmodelle und Kooperationen entwickeln, sagte Leuthard in dem Interview.

## Agentur setzt Streik vorerst aus

Die Redaktion der SDA ist am Dienstag in einen Streik getreten. Grund ist ein angekündigter Stellenabbau. Zwar nahmen die Redakteure ihre Arbeit gestern Nachmittag wieder auf, der Streik sei jedoch nicht beendet, sondern nur ausgesetzt, wie der Branchenverband Impressum mitteilte. Die Redaktion behalte sich vor, weiter zu streiken. Sie verlange, dass der SDA-Verwaltungsrat an den kommenden Verhandlungen auf die Bedingungen der Redaktion eingehen. SDA

## Nachrichten

### Weitere F/A-18-Flieger haben Risse

**Bern.** Das Ausmass der Mängel bei der F/A-18-Flotte der Schweizer Armee ist offenbar grösser als bisher angenommen: Weitere drei Flugzeuge haben Risse. Die betroffenen Maschinen werden darum vorerst nicht mehr eingesetzt, schreibt das Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport. Das weitere Vorgehen werde vertieft abgeklärt. Bereits am Mittwoch war die F/A-18-Flotte nicht einsatzfähig, nachdem an einer F/A-18C Hornet ein Bruch in einem Scharnier der Landeklappen entdeckt worden war. SDA

### Ueli Maurer empfängt Österreichs Vize Strache

**Bern.** Bundesrat Ueli Maurer hat den österreichischen Vizekanzler Heinz-Christian Strache zu einem Antrittsbesuch empfangen. «Ich habe bewusst die Schweiz als meine erste Auslandsreise gewählt», sagte Strache. «Die Schweiz war immer ein wichtiger Partner für Österreich und wird dies auch weiterhin bleiben.» Das Schweizer Modell der direkten Demokratie sehe er als Vorbild an, deren Ausbau sei ein langfristiges Ziel in Österreich. Weitere Themen seien Föderalismus, Migration sowie die Neuverhandlung des Dublin-Abkommens gewesen. SDA